informationsdienst

alter & forschung

Berichte zum demografischen Wandel

Gleichstellung •

> am 6. März 2015 hat der Bundestag das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst beschlossen. "Der Kulturwandel hat begonnen", wurde die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in der dazu herausgegebenen Pressemitteilung zitiert. Und der Bundesjustizminister, der an der Gesetzesvorlage mitgewirkt hatte, ließ erklären: "Die Frauenquote ist der größte Beitrag zur Gleichberechtigung seit Einführung des Frauenwahlrechts. Nach der politischen Macht bekommen Frauen endlich einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Macht." Die kommunalpolitische Wirklichkeit sieht allerdings ein wenig anders aus: Nach wie vor sind Frauen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung in den politischen Führungspositionen unterrepräsentiert. Woran das liegen könnte und was sich dagegen tun ließe, dazu haben Wissenschaftlerinnen der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, Berlin, in einer qualitativen Studie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den alten und den neuen Bundesländern befragt. Das Selbstbewusstsein von Frauen zu stärken - das halten westdeutsche Bürgermeisterinnen für besonders wichtig.

Rente mit 63 •

Wie oft wird sie beantragt? Wer verlässt den Arbeitsmarkt? ... 11

Dass die Einführung der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahren spurlos am Arbeitsmarkt vorübergeht, dürfte wohl niemand erwartet haben. Sie wirkt aber offenbar weniger dramatisch als befürchtet, ist ein erstes Resümee aus der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Denn in den zehn Monaten, seit das Gesetz über Leistungsverbesserung in der Rentenversicherung in Kraft trat, wurde zwar erstmals nach Jahren ein Rückgang sozialversicherungspflichtig Beschäftigter der in Frage kommenden Altersgruppe festgestellt. Bei den (Innen-)Ausbauberufen, den Hoch- und Tiefbauberufen und bei den gebäude- und versorgungstechnischen Berufen fiel das Minus besonders deutlich aus. Zu registrieren war jedoch auch, dass sich verstärkt Arbeitsuchende, Arbeitslose und Arbeitslosengeld-Empfänger von der BA abmeldeten mit der Begründung "Ausscheiden aus dem Erwerbsleben" bzw. dem Beendigungsgrund "Altersrente".

Kurz berichtet •